



Migration in Bosnien-Herzegowina

Der Einfluss der EU, Gesetzesänderungen und die drohende Gefahr von Pushbacks

Bosnien-Herzegowina (BIH) liegt an der Balkanroute und ist damit ein zentraler Schauplatz der europäischen Migrationskrise. Obwohl das Land kein Mitglied der Europäischen Union ist, hat der Einfluss der EU auf die bosnische Migrationspolitik in den letzten zehn Jahren stark zugenommen. Von Emina Zahirović-Pintarić

Durch die Annäherung des Landes an die EU werden gesetzliche und politische Reformen mehr durch die europäischen Sicherheitsanforderungen geprägt als durch humanitäre Verpflichtungen. Eine der besorgniserregendsten Entwicklungen in diesem Zusammenhang ist die drohende Verankerung von Pushback-Praktiken im Rechtssystem – Aktionen, die offensichtlich internationales Menschenrecht verletzen.

BIH hat Pushbacks noch nicht institutionalisiert, diese Praktiken bereiten jedoch zunehmend Sorge, da kroatische Behörden regelmäßig Pushbacks durchführen, also Migrant:innen mit Gewalt über die bosnische Grenze zurückdrängen. Unter dem Vorwand der EU-Integration steht BIH kurz davor, solche Maßnahmen zu legalisieren und sieht sich damit in einer Linie mit der umstrittenen Vorgangsweise der EU, ihre

Emina Zahirović-Pintarić ist Anwältin mit über zwölf Jahren Berufserfahrung in verschiedenen juristischen Feldern. Neben ihrer Tätigkeit für internationale und regionale Anwaltskanzleien arbeitet sie als Konsultantin für verschiedene internationale Organisationen.



Auf den Friedhöfen stehen 62 Grabsteine für die vergessenen Menschen auf der Flucht.

Migrationspolitik und deren Folgen auszulagern.

EU-Einfluss auf Bosniens Migrationspolitik: Ein Trojanisches Pferd?

Es gibt einen unleugbaren Einfluss der EU auf Bosniens Migrationspolitik. Die Aussicht auf eine eventuelle EU-Mitgliedschaft führte zu wesentlichen finanziellen und politischen Investitionen in die bosnische Migrations-Infrastruktur von Seiten der EU. Diese Investitionen sind jedoch an Bedingungen geknüpft, insbesondere an die Erwartung, dass Bosnien als Pufferzone zur Abwehr von Migrant:innen fungieren soll. Dies führte zu einem überhöhten Sicherheitsanspruch auf Kosten der Einhaltung von Menschenrechten.

Die Haltung der EU zum bosnischen Migrations-Management kann als eine Form der Externalisierung betrachtet werden, ein Vorgang bei dem Nicht-EU-Länder unterstützt – oder unter Druck gesetzt – werden, die EU-Außengrenzen zu schützen. Das bedeutet in der Praxis, dass von

Bosnien erwartet wird, Migrant:innen von einer Einreise in die EU abzuhalten, auch wenn dies zu einer Verletzung internationaler Rechtsstandards bezüglich Asyl und Schutz von Flüchtlingen führt. Die Gesetzesänderungen in Bosnien, insbesondere der Entwurf des Grenzkontrollgesetzes, illustrieren klar diese Dynamik. Dieses Gesetz führt Bestimmungen zur Legalisierung von Zurückweisungen an den Grenzen ein, eine wesentliche Abkehr von Bosniens Pflicht zur Einhaltung internationaler Rechtsvorschriften.

Die Legalisierung von Pushbacks: Ein erster Schritt zum Bruch von Menschenrechten

Derzeit sind Pushbacks in BIH illegal, der Gesetzesentwurf beinhaltet jedoch Bestimmungen, die sie institutionalisieren würden. Der Artikel 55 ermöglicht unter dem Vorwand, „illegale“ Grenzüberschreitungen zu verhindern, ausdrücklich die Rückweisung von Personen an den Grenzen. Er würde den Grenzschutzbehörden

erlauben, Migrant:innen vom Grenzübertritt abzuhalten, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, um Asyl anzusuchen. Dies stellt einen klaren Verstoß gegen den in der Flüchtlingskonvention von 1951 verankerten Grundsatz des Non-Refoulement dar. Das Prinzip des Non-Refoulement hindert Staaten daran, Personen in Regionen zurückzuschicken, in denen sie Verfolgung, Folter oder unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sind.

Indem Bosnien legale Grundlagen für Pushbacks schafft, bewegt es sich in Richtung von Praktiken, die zu weitreichenden Menschenrechtsverletzungen führen könnten. Diejenigen Pushbacks, die bereits von Kroatien in Richtung Bosnien durchgeführt werden, sind eine eindringliche Warnung davor, was passieren könnte, wenn Bosnien diese Maßnahmen offiziell übernimmt.

Kroatische Pushbacks und Bosniens Rolle in der EU-Migrationsstrategie

Die Praxis der Zurückweisung von Flüchtlingen aus Kroatien nach Bosnien wird von Menschenrechtsorganisationen umfassend dokumentiert und verurteilt. Kroatische Grenzbeamte vertreiben unter Anwendung von Gewalt und Einschüchterung routinemäßig Migrant:innen von der Grenze in Richtung Bosnien. Diesen Migrant:innen, von denen viele vor Verfolgung und Konflikten geflohen sind, wird das Recht verweigert, um Asyl anzusuchen. Sie stranden in Bosnien und können von dort aus ihre Reise in Richtung EU nicht mehr fortsetzen.

Trotz der offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen, die mit solchen Praktiken verbunden sind, hat die EU zur Rolle Kroatiens bei den Pushbacks nach Bosnien weitgehend geschwiegen. Stattdessen konzentriert sie sich auf die Verstärkung

von Grenzkontrollen sowohl innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten als auch in angrenzenden Ländern wie BIH. Die europäische Grenzschutzagentur *Frontex* spielte bei dieser Strategie eine wesentliche Rolle und gewinnt trotz ihrer umstrittenen Beteiligung an Pushbacks zunehmend Einfluss auf Bosniens Grenzüberwachung.

Zwar hat Bosnien noch nicht begonnen, selbst Pushbacks durchzuführen, jedoch wurde die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, Kroatiens Beispiel folgen zu können. Von der stillschweigenden Billi-

Derzeit sind Pushbacks in BIH illegal, der Gesetzesentwurf beinhaltet jedoch Bestimmungen, die sie institutionalisieren würden.

gung der Aktionen Kroatiens geht eine eindeutige Botschaft aus: Die Kontrolle von Migrationsströmen in die EU hat Vorrang vor dem Schutz der Rechte von Migrant:innen und Asylwerber:innen. Die Einführung legaler Pushback-Bestimmungen in Bosniens Entwurf des Grenzkontrollgesetzes spiegelt diese Priorisierung der Sicherheit gegenüber humanitären Verpflichtungen wider.

Gesetzesreformen und die Umgehung von Menschenrechten

Bosniens Politiker stellen diese Reformen als notwendige Schritte in Richtung EU-Integration dar, die Realität ist jedoch, dass sie den Umgang des Landes mit Migration komplett umgestalten, um Grenzschutz über Menschenwürde zu stellen.

Bestimmungen im Fremden-gesetz erlauben zum Beispiel kollektive Bewegungseinschränkungen unter vage definierten

Zu den Fotos: **Hasan Ulukisa**, geboren 1994 in Istanbul, studierte zeitbasierte und interaktive Medienkunst an der Kunstuniversität Linz. Humanitäres Engagement und Interaktion sind wesentliche Bestandteile von Hasan Ulukisas künstlerischem Prozess. Er will eingreifen, um Dinge zum Besseren zu wenden, und begibt sich dazu an Orte, wo besondere Not herrscht. Kunst ist für ihn das Mittel der Wahl, wenn es darum geht, Missstände aufzuzeigen, die in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend ausgespart bleiben. 2019 bis 2021 dokumentierte er das Schicksal von Flüchtlingen in Bosnien und Herzegowina entlang der EU-Außengrenze. Unter dem Titel *Blind Spot* wurden die so entstandenen Fotoserien mehrmals ausgestellt.

Bedingungen wie etwa die Wahrung der „öffentlichen Gesundheit“ oder „öffentlichen Sicherheit“. Unter diesen Bestimmungen ist es rechtlich gedeckt, Migrant:innen ohne ausreichende Gründe zu inhaftieren, ohne ordentliches Verfahren oder eine individuelle Beurteilung ihrer Fälle. Kollektive Ausweisungsverfahren – eine weitere zentrale Bestimmung dieses Gesetzes – untergraben das Grundrecht auf ein faires Verfahren. Migrant:innen wird damit das Recht genommen, Einspruch gegen Abschiebung zu erheben oder um Asyl anzusuchen.

Diese Gesetzesänderungen reflektieren die breite Migrations-Agenda der EU, die unter allen Umständen der Abschreckung von der Einreise Priorität einräumt. Das bedeutet in der Praxis, dass von Ländern wie BiH erwartet wird, die menschlichen und rechtlichen Kosten des Migrationsmanagements zu tragen, oftmals jedoch ohne die nötige Infrastruktur oder die nötigen Ressourcen für die Einhaltung grundlegender Menschenrechte.

Der Vorwand „EU-Integration“: Menschenrechte werden für politische Zwecke ausgehöhlt

Der Druck zur Annäherung der bosnischen Migrationsgesetze an die Standards der EU wurde als wesentlicher Schritt Richtung

Zugang zur EU dargestellt. Diese Bezeichnung ist jedoch irreführend. Während die EU sich selbst als Verfechterin der Menschenrechte darstellt, zeigt ihre Migrationspolitik in der Praxis eine andere Agenda: Eine Agenda, die den Schutz der Außengrenzen über den Schutz von Migrant:innen und Asylwerber:innen stellt.

Mit der Annäherung seiner Gesetze an EU-Regelungen entzieht sich Bosnien nicht nur seiner Verpflichtung, Menschenrechte einzuhalten, sondern nimmt die Externalisierung der EU-Migrationskontrolle auf sich. Diese Strategie verlagert die Lasten der Migrations-Kontrolle auf Nicht-EU-Staaten und erlaubt der EU, sich selbst von den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen zu distanzieren.

Der Weg nach vorn: Widerstand gegen die Normalisierung von Pushbacks

Bosnien steht an einem kritischen Punkt. Die aktuellen Gesetzesänderungen bringen die Gefahr mit sich, dass das Land de facto zu einer Außenstation der EU gemacht wird, wo Menschenrechtsverletzungen im Namen der Sicherheit zur Norm werden. Um dies zu verhindern muss Bosnien Widerstand leisten gegen den Druck, Pushbacks zu legalisieren anstatt sein Asylsystem auszubauen und internationale Standards einzuhalten.

Die EU muss für ihre Rolle bei der Transformation der bosnischen Migrationspolitik zur Verantwortung gezogen werden. Während sie sich selbst als Partner auf Bosniens Weg zur Mitgliedschaft präsentiert, hat ihr Einfluss zum Abbau des Schutzes der Menschenrechte geführt. Wenn sich Bosnien ehrlich in die europäische Gemeinschaft integrieren will, muss es dies auf Basis gemeinsamer Werte tun, einschließlich des Schutzes der Menschenwürde und des Rechts auf Asyl.

